

Laibacher Tagblatt.

Redaction und Expedition: Bahnhofsgasse Nr. 15

Nr. 250.

Pränumerationspreise:
für Laibach: Ganzj. fl. 8.40;
Zufstellung ins Haus wörtl. 26 fr.
Mit der Post: Ganzj. fl. 12.

Donnerstag, 30. Oktober 1879. — Morgen: Wolfgang.

Insertionspreise: Ein-
malige Beilagen 4 kr., bei
Wiederholungen 3 kr. An-
zeigen bis 6 Zeilen 20 fr.

12. Jahrg.

Die Finanzkünste des Ministeriums.

Nach dem vorgestern im Abgeordnetenhaus zur Vorlage gelangten Staatsvoranschläge für 1880 ist das Räthsel gelöst, warum das hochwichtige Portefeuille des Finanzministeriums im Cabinet Taaffe bis auf den heutigen Tag keine definitive Besetzung fand. Denn es gehört wirklich eine Art verzweifelter Humors dazu, die Zahlen dieses Staatsvoranschlags in einer Weise zusammenzustellen, daß sie wenigstens in ihrem Endresultate mit jener hoffnungsreichen Zukunftsstimme übereinstimmen, welche die Feder der Officiösen über die finanziellen und wirtschaftlichen Segnungen des Systems Taaffe entwarf. Das hat nun Sectionschef Chertel als Leiter des Finanzministeriums glücklich zuwege gebracht, indem er das Gesamterforderniß für das nächste Jahr mit nicht ganz 412 $\frac{3}{4}$ Millionen, die Bedeckung dafür mit fast 400 Millionen und das resultierende Deficit mit 12.717,143 fl. beziffert. Da nun das Deficit des laufenden Jahres abzüglich der Occupationserfordernisse 19.831,040 Gulden beträgt, so würde aus den Schlussziffern des Budgets für 1880 im Vergleiche zu jenen des Vorjahres eine Abnahme des Deficits um 7.113,897 fl. sich ergeben, was natürlich einer ebenso großen Aufbesserung unserer Finanzverhältnisse entsprechen würde.

Wie hat nun Sectionschef Chertel bei der gegenwärtigen Zeit dieses Finanzwunder zuwege gebracht? Auf die einfachste Weise von der Welt. Er will den letzten mit 2 $\frac{1}{4}$ Millionen bezifferten Rest der Obligationen des Stellvertreterfonds verkaufen und setzt das Ergebnis dieser Operation ebenso wie das Resultat einer zur Fortsetzung der öffentlichen Bauten aufzunehmenden Hypothekendarleihe mit 3 Millionen ohne Gewissensscrupel unter die Rubrik „Einnahmen.“ Nun fragen wir aber den schlichten einfachen Menschenverstand: Hat ein Hauswirt seine finanzielle Lage verbessert, wenn er sein letztes Sparkassebüchel verkauft oder wenn er zur Deckung der Schulden eines Neubaus auf letzteren selbst ein Pfanddarlehen aufnimmt? Gewiss nicht. Ebenso wenig aber, als ein Hauswirt derartige Geldbeschaffungsergebnisse unter der Rubrik der Wirtschaftseinnahmen führen darf, ohne sie gleichzeitig als Ausgaben vorzumerken, ebenso wenig ist der Leiter des Finanzministeriums berechtigt, die oben angegebenen beiden Posten im Gesamtbetrage von 5 $\frac{8}{10}$ Millionen bloß unter den Staatseinnahmen anzusetzen. Wäre das nicht der Fall, so würde sich das Deficit schon auf mindestens 18 $\frac{1}{2}$ Millionen steigern und somit dem Abgange des laufenden Jahres ziemlich nahe kommen. Aber auch dieses Rechnungsergebnis wurde nur dadurch möglich, daß im Voranschlage für 1880 ein Mehrertragniß der Verzehrungssteuer um mehr als 6 Millionen, ein solches der Zölle um circa 4 $\frac{1}{2}$ Millionen und endlich eine Erhöhung des Einkommens an directen Steuern mit rund 780,000 Gulden angenommen wurde. Bleiben diese Vermehrungen der Staatseinkünfte aus, zu deren Annahme übrigens keine irgendwie stichhaltigen Gründe vorliegen, so wird das Deficit abermals um etwa 11 $\frac{1}{2}$ Millionen steigen und wird somit

unter Zugählung der oben nachgewiesenen Summe von 18 $\frac{1}{2}$ Millionen die stattliche Höhe von beinahe 30 Millionen Gulden erreichen, was im Vergleiche zum Abgange des laufenden Jahres eine Steigerung des Deficits um circa 10 Millionen, nicht aber, wie Sectionschef Chertel meint, eine Herabminderung desselben um mehr als 7 Millionen ergibt.

So also sieht es mit dem ersten Voranschlage des Ministeriums Taaffe aus, wenn man denselben einer näheren Prüfung der einzelnen Posten unterzieht. Da leider zwischen den Rubriken „Einnahmen und Ausgaben“ keine staatsrechtlichen Compromisse möglich sind und außerdem die Ziffern zwar eine programmlose, aber doch jeder-mann begreifliche Sprache reden, so wird die Bevölkerung wohl wenig über die Segnungen erbaut sein, welche der Leiter des Finanzressorts unseres Coalitionsministeriums durch geschickte Zahlen-gruppierungen und kühne Voraussetzungen heraus-zurechnen verstand. Nicht besser sieht es mit den neuen Steuern aus, von welchen die Officiösen in schön gesehten Worten behaupteten, daß sie die Einnahmen des Staates erhöhen werden, ohne die Production zu belasten. Und zwar fällt uns unter den vorgestern eingebrachten Steuervorlagen zunächst ein Gesetzentwurf ins Auge, nach welchem zur theilweisen Deckung des Deficits für den im Laufe des Jahres 1880 stattfindenden Personen- und Reisegepäck-Transport auf Eisenbahnen und auf Binnengewässern von den Reisenden, beziehungsweise von den Absendern, eine Abgabe von 10 Percent des Fahrpreises und der Gepäckgebühren zu entrichten ist. Was sagt denn der Handelsminister Baron Korb zu dieser famosen Maßregel, welche naturgemäß den Verkehr vertheuern und so auch den großen volkswirtschaftlichen Nutzen unserer modernen Verkehrsanstalten, wenigstens theilweise, illusorisch machen muß? Nicht mit Unrecht werden die niederen Personen- und Frach-tentarife der deutschen, der schweizerischen, der englischen und der französischen Bahnen als wesentliche Förderungsmittel des wirtschaftlichen Aufschwungs bezeichnet. Nur das Ministerium Taaffe, das sich doch in erster Linie als Ketter aus der wirtschaftlichen Bedrängnis ankündigt, ist anderer Meinung und nimmt die Besteuerung des Personen- und Gepäckverkehrs ohne Rücksicht auf die hiedurch bewirkte Vertheuerung desselben als ganz unbedenkliche fiskalische Maßregel in Anspruch! — Was soll man ferner dazu sagen, daß eine weitere Regierungsvorlage Chertels die so vielfach laut werdenden Forderungen auf mög-lichste Billigkeit des richterlichen Verfahrens mit einem Antrag auf Erhöhung der Stempelgebühren für gerichtliche Eingaben und richterliche Urtheile beantwortet? Wir stehen hier vor einem neuen Räthsel, das wir mit Rücksicht auf die Gefahr des objectiven Verfahrens, beziehungsweise der Confiscation des Blattes, gar nicht näher beleuchten wollen.

Damit nun dem traurigen Vorgange auch die heitere Seite nicht fehle, hat der Leiter unseres Finanzministeriums eine höhere Besteuerung der Dummheit und Gewinnsucht in Vorschlag ge-

bracht. So wenigstens fassen wir die projectierte Erhöhung der Gebühr im Zahlenlotto auf. Aber auch dieser Plan ermangelt einer bedenklichen Schattenseite nicht. Seit Jahren schon eifert man gegen das Zahlenlotto, und ebenso lange wird von Seite der Regierung behauptet, daß die Finanzen des Staates die Einnahmen aus der mehr als strüben Quelle des Lotto nicht entbehren können. Nicht genug damit, daß, wie jedes Lehrbuch der Arithmetik nachweist, die vom Staate ausbezahlten Gewinne im Zahlenlotto in gar keinem Verhältnisse zu der Höhe der Einsätze stehen, sollen auch noch die Steuern für diese Gewinne erhöht werden! Sind wir denn wirklich schon auf einem solchen Standpunkte finanziellen Glends angelangt, daß zu solchen, den Wünschen aller Volksfreunde auf Beseitigung des Zahlenlotos geradezu entgegen gesetzten Besteuerungsobjecten gegriffen werden muß? Wenn in Preußen der Plan besprochen wird, durch eine hohe Steuer für die Ausübung des Schankgewerbes dem Kneipenumwesen ein Ende zu machen und dadurch wieder das Laster der Trunksucht einigermaßen um seine Schlupfwinkel zu bringen, so liegt in diesem Besteuerungsplane, was man auch vom gewerblichen Standpunkte dagegen einwenden mag, eine löbliche Moral. Wie soll man aber eine Steuer nennen, welche lediglich auf die gedankenlose Gewinnsucht der ärmeren Volksklassen speculiert?

Alles, was gegen die Besteuerung der Gegenstände des täglichen Bedarfs eingewendet werden kann, muß auch gegen die von der Regierung Taaffes verlangte Erhöhung des Einfuhrzolles und Decretierung einer Verbrauchssteuer für Petroleum ins Feld geführt werden. Eine Erhöhung des Einfuhrzolles könnte allenfalls mit schutzöllnerischen Bestrebungen entschuldigt werden. Wenn daneben auch eine Verbrauchssteuer eingeführt wird, so erscheint sie als eine fiskalische Maßregel, welche den Ärmsten in ganz dem gleichen Maße trifft wie den Millionär. Und so bleibt denn von allen Steuervorlagen nur eine übrig, der wir unsere Zustimmung geben könnten. Es ist das der Vorschlag des Finanzleiters, die Personal-Einkommensteuer von 1400 fl. aufwärts schon im Jahre 1880 nach einem an das Princip der Progressivbesteuerung anlehenden Schema einzuhoben. Da aber auch diese Maßregel bloß als provisorischer Nothbehelf dienen soll, welcher allerdings dem Staate eine Einnahme von 4.000,000 Gulden sichern würde, so kann auch hier die Zustimmung nur eine bedingungsweise sein.

Ueberblicken wir nun die Gesamtheit des Finanzexpozés für 1880, so können wir den Aus-spruch nicht unterdrücken, daß es den denkbarst klüglichen Eindruck hervorbringen muß. Die Officiösen haben jedesmal, so oft von den politischen Bedenken gegen die Coalitionspolitik die Rede war, ihre Feder in das Gold der Morgenröthe getaucht und über den bevorstehenden Anbruch einer Ära der Bilanzierung des Staatshaushaltes und des wirtschaftlichen Aufschwunges phantasiert. Und jetzt stehen wir vor einem Wilde Grau in Grau, dem wir selbst beim besten Willen keinen erfreulichen Zug abgewinnen können. In der Montags-

sitzung des Herrenhauses hat der politische Theil des Coalitionsprogramms Schiffbruch gelitten — in der Dienstagssitzung des Abgeordnetenhauses hat sich das finanzielle Sedan des Ministeriums Taaffe vorbereitet!

Zur Eröffnung des preussischen Landtags.

Vorgestern wurden im weißen Saale des königlichen Schlosses in Berlin die Sitzungen des neugewählten preussischen Landtages in festlicher Weise eröffnet. Ueber die von Kaiser Wilhelm verlesene Thronrede, deren Inhalt wir bereits gestern nach den Mittheilungen der officiösen „Nordd. Allg. Ztg.“ skizzirten, erfahren wir nur, daß sie an mehreren Stellen von Beifall begleitet war. Daß der greise Monarch, unter dessen Regierung die Energie und das staatsmännische Talent Bismarcks so gewaltige Erfolge erzielte, mit enthusiastischen Hochrufen begrüßt wurde und unter gleichen Kundgebungen der Loyalität den Saal wieder verließ, ist selbstverständlich. Nun aber, wo die gesetzgeberische Arbeit der Volkskammer beginnen soll, muß es sich erst erweisen, ob die Taktik des eisernen Kanzlers bei den letzten Landtagswahlen auch die praktische Probe aushalten wird.

Wir haben niemals gezweifelt, daß ein Staatsmann von der eminenten Geistesstärke eines Bismarck sich unmöglich zur unbedingten Unterstützung von Parteien herbeilassen kann, welche, wie das ultramontane Centrum, die letzten Motive ihres Handelns nicht im Wohl des eigenen Vaterlandes, sondern in den Wünschen der römischen Curie erblicken, oder welche, wie die Anhänger der altconservativen Richtung, mit ihren Anschauungen den lebendigen Gegensatz zu jenem deutschen Nationalstaate bilden, dessen Schöpfung und Organisation Bismarcks unsterbliches Verdienst bleibt. Es könnte uns daher auch nicht wundernehmen, wenn unmittelbar nach der Eröffnung des preussischen Landtags die Gerüchte greifbarere Formen gewinnen würden, welche über die Bildung einer gemäßigt liberalen Regierungspartei verbreitet waren. Doch liegen darüber keinerlei bestimmte Nachrichten vor. Wohl aber verlautet, daß sich die Conservativen älteren Datums und die zeitgemäßer adjustirten Neuconservativen zu einer geschlossenen Partei vereinigt haben. Daß diese neue Partei, welche für sich noch nicht über die erforderliche Majorität verfügt, welche aber nach den Ergebnissen der letzten Wahlen als die derzeitige Regierungspartei gelten muß, ihr Heil nicht bei dem ultramontanen Centrum sucht, geht daraus hervor, daß es gelungen sein soll, Stimmen der Neuconservativen für die Wahl Bennigsen zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses zu gewinnen. Allerdings soll von einflussreichen Mitgliedern der neuconservativen Fraction das Votum für Bennigsen nur unter der Bedingung in Aussicht gestellt, daß für die Stelle des ersten Vicepräsidenten ein Conservativer und für die des zweiten ein Centrumsmitglied gewählt werde.

Wenn wir die Sache recht auffassen, so haben wir es hier mit einem ähnlichen Compromisse zu thun, wie wir ihn bei der Wahl des Präsidiums für das österreichische Abgeordnetenhaus erlebten. Bei uns hatte die Abtretung des Präsidiums an ein compromissfreundliches Mitglied der Verfassungspartei, neben welchem zwei verschiedene Parteigänger der Autonomisten die Vicepräsidentenstellen einnehmen, weder im Lager der Verfassungsfreunde noch in jenem ihrer Gegner Befriedigung hervorgerufen. Ein Gleiches gilt, freilich unter anderen Verhältnissen, von der oben erwähnten Combination für das Präsidium des preussischen Landtags. Mit Ausnahme der compromissfreundlichen neuconservativen Organe wird der erwähnte Plan von der Parteipresse abfällig beurtheilt. Allen voran geht natürlich die ultramontane „Ger-

mania“. Aber auch von national-liberaler Seite ist man wenig über die Ehre erbaut, ein Mitglied der Partei an der Spitze des Abgeordnetenhauses zu sehen, in welchem die Partei selbst zur Minorität herabgedrückt wurde. Man will keine solche Gnaden, und bezeichnend genug sind es gerade die liberalen Blätter Hannovers, welche sich über die ihrem Landsmanne Bennigsen zugedachte Wahl wenig erfreut zeigen. Aber auch die gewiß nicht auf dem linken Flügel der National-Liberalen stehende „Kölnische Zeitung“ spricht sich dahin aus, daß die Erhebung eines National-Liberalen zum ersten Präsidenten bei Besetzung der einen der beiden Vicepräsidentenstellen mit einem Centrumsmanne, wie das conservativerseits als annehmbar bezeichnet wird, schlechterdings keinen Wert für die liberale Sache hätte. Die äußerliche Ehre würde vielmehr durch den Nachtheil, Herrn v. Bennigsen den diesmal so wichtigen Fraktionsarbeiten einigermaßen entfremdet zu sehen, weit mehr als aufgewogen. Vielmehr wären solche schillernde Combinationen, in welchen durch Aufnahme aller drei streitenden Hauptparteien die Entscheidung hinausgeschoben und doch durch eine die vorläufigen Stärkeverhältnisse derselben verschiebende Stellenvertheilung ein gewisser Schein der Entscheidung hervorgerufen werden sollte, als das schlimmste Ergebnis aller Parteibesprechungen für die Präsidentenwahl zu bezeichnen. Daß wir in Oesterreich, die wir ja im wenig neidenswerten Besitze eines solchen „schillernden“ Präsidiums im Abgeordnetenhaus sind, diese Erklärung der „Kölnischen Zeitung“ recht wohl begreifen, werden unsere Leser wohl gerne bestätigen. Indessen sind „die Verhältnisse“ oft so eigenartig, daß der principielle Standpunkt gerade in Personalfragen zu einer wahren Aschenbrödelrolle verurtheilt wird. Möge den National-Liberalen Preußens diese traurige Erfahrung erspart bleiben!

Die Abstimmung über die Adressvorlagen im Herrenhause hat die czechischen Blätter außer Rand und Band gebracht. Doch macht es nur einen komischen Eindruck, wenn beispielsweise der „Pötkot“ die verfassungstreue Partei des Herrenhauses als eine Bande von Verschwörern hinstellt, welche im geheimnisvollen Dunkel der Nacht ihren Verrath gegen den parlamentarischen Cäsar schmiedeten. Ob mit diesem Cäsar Graf Taaffe oder die Minoritätsadresse gemeint wird, wissen wir nicht. Am drohlichsten wäre es jedenfalls, wenn man sich den Pfaffenknecht Baron Häbner als Cäsar denkt und ihm in dieser Rolle den Cardinal Antschler, die Generale und hohen Beamten der verfassungstreuen Majorität des Herrenhauses als „dunkle Verschwörer“ gegenüberstellt. Doch nicht allein die Verfassungspartei, Graf Taaffe selbst wird von den czechischen Journalen scharf aufs Korn genommen, weil er nach Ablehnung des Häbner'schen Abänderungsantrages des Alinea 3 des Majoritätsentwurfes, für dessen Annahme der Ministerpräsident bekanntlich stimmte, seine Opposition gegen die Majoritätsanträge aufgab. Besonders ungehalten ist die „Politik“, welche offen erklärt, daß Graf Taaffe endlich einmal der Compromisspolitik um jeden Preis entsagen und sich entschieden auf die Seite der Autonomisten stellen müsse: „Anstatt mit dem ganzen Gewichte des Regierungseinflusses für die autonomistische Minoritätsadresse einzutreten, hatte es Graf Taaffe wieder auf einen Compromiss abgesehen, und die Folge ist ein Sieg der Ultracentralisten. Sobald die beiden Adressentwürfe der Herrenhauscommission vorlagen, war es vollkommen klar, daß das Ministerium Taaffe politisch verpflichtet war, seinen ganzen Einfluss dafür einzusetzen, daß der autonomistische Minoritätsentwurf im Plenum angenommen werde.“ Graf Taaffe weiß also, was er zu thun hat, um bei den Czechen Zustimmung zu finden, und gleichzeitig wird er auch darüber belehrt, daß es nicht seine Aufgabe war, auf den Erlaß einer farblosen Thronrede hin-

zuwirken, welche im Grunde genommen doch nur eine Heuchelei sein konnte. Diese ganze Niederlage wäre zu vermeiden gewesen, wenn die Regierung für einen ausgiebigen Pairschub Sorge getragen hätte, während sie es vorzog, durch ihre Bemühungen für eine farblose Adresse die Centralisten zu ermutigen und „den Scandal“ vom 28. d. zutage zu fördern.“ — Gut gebrüllt Löwe! Schade, daß die „Politik“ nicht auch die Namen jener Staatsrechtler anführt, welche um ihrer patriotischen Verdienste willen durch Moskauer Wallfahrten u. s. w. der Aufnahme in das Herrenhaus würdig befunden werden sollen.

Das in der vorgestrigen Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses vorgelegte Staatspräliminare für das Jahr 1880 bezieht auf ein Deficit Ungarns mit 18 Millionen. Dieses Bekenntnis rief unsö größere Bewegung hervor, als niemand wissen kann, ob die neuen Steuern wirklich so viel, als erwartet wird, einbringen werden. Es scheint auch gewagt, die Vorschläge für 1880 auf Grund derjenigen von 1879 zu berechnen, da heuer notorisch ein schlechtes Jahr ist. Der Vorschlag, den Termin der Einlösung der Weinzehent- und Grundentlastungs-Obligationen um zwanzig Jahre zu verlängern, machte den peinlichsten Eindruck. Da diese Papiere fast nur in Ungarn placiert sind, so ist diese Maßregel gleichbedeutend mit einer neuen Steuer, welche der grundbesitzenden Klasse auferlegt wird. — Alles in allem genommen scheint sich das Exposé des ungarischen Finanzministers ganz in demselben Fahrwasser wie das seines Wiener Collegen zu bewegen, was denn auch zur Genüge die eifige Stimmung erklärt, mit welcher nach Bester Telegrammen die Budgetvorlage Szaparys von den Abgeordneten entgegengenommen wurde.

Die Wahlen für das ostrumelische Parlament haben einen neuen Beweis geliefert, wie dort zu Lande die Regierung Aleko Paschas die ihr zur Pflicht gemachte Unparteilichkeit auffaßt. Im ganzen wurden neben 31 Bulgaren und 3 Griechen nur 2 Mahamedaner gewählt, und wird dieses mit Rücksicht auf die Bevölkerungsstatistik immerhin sonderbare Resultat zum großen Theil auf die unerhörte Pression zurückgeführt, welche die bulgarische Partei unter den Augen und mit stillschweigender Genehmigung der Regierung auszuüben verstand. Am ärgsten war dieser Unfug in Philippopol selbst, wo man den Juden drohte, man würde für den Fall, als sie nicht dem bulgarischen Candidaten ihre Stimme geben, den Markttag auf den Schabbes verlegen.

Wenn etwas geeignet ist, den Beweis zu liefern, daß Gambetta der Agitation der „République française“ für die allgemeine Amnestie durchaus nicht ganz ferne stand, so ist es der Umstand, daß sie seit der Rückkehr Gambettas nach Paris einen ganz anderen Ton anschlägt. Sie scheint nämlich die oben erwähnte Frage vorläufig gar nicht weiter besprechen zu wollen und gibt sich damit zufrieden, wenn nur das Ferry'sche Unterrichts-gesetz und die Säuberung der Administration von antirepublikanischen Elementen rasch durchgeführt wird. Wenn es, wie man doch voraussetzen muß, dem Einflusse Gambettas gelungen ist, die „République française“ zur Maison zu bringen, so wird auch ihre frühere Haltung nicht ganz ohne seine Bestimmung gewesen sein.

Unter den Boers der von England völkerrechtswidrig annectierten Transvaal-Republic sind Unruhen ausgebrochen, zu deren Beschwichtigung Oberst Langton mit einem Militärbataillon nach Middleburg abgeföhrt wurde. Derlei Schilberhebungen werden nunmehr sich öfter wiederholen und werden den Engländern schon deshalb sehr unangenehm

werden, weil der holländischen Bevölkerung der Transvaal-Republik gegenüber doch nicht gut jene radicalen Zwangsmittel angewendet werden können, welche unter den Hindus und neuerdings wieder bei den Zuluffern ihre Schuldigkeit thaten.

Vermischtes.

— Ein räthselhafter Mord. In der Nacht vom Samstag auf Sonntag wurde die Realitätenbesitzerin Fräulein Emma Braun in Bistersdorf von ruchloser Hand ermordet. Fräulein Emma Braun, eine stattliche schöne Blondine im Alter von 36 Jahren, bewohnte das ihr angehörige einstöckige Wohnhaus in Bistersdorf, an welches sich ein größerer Annex von Wirtschaftsgebäuden anschließt, allein in Gesellschaft zweier weiblicher Dienstmoten, während der Knecht im Stalle der Wirtschaftsgebäude schlief, welche zur Nachtzeit durch ein stets abgesperrtes großes Thor vom eigentlichen Wohngebäude getrennt waren. Sowohl dieses Thor als auch das vordere Hausthor wurden an jedem Abend von Fräulein Braun selbst abgesperrt, und die Schlüssel waren in ihrem Schlafzimmer verwahrt. Als am Sonntag früh eine der beiden Mägde in das Schlafzimmer ihrer Gebieterin kam, um die Thorschlüssel abzuholen, bot sich derselben ein grauenhafter Anblick: Fräulein Emma Braun lag bei dem Fenster, unmittelbar neben ihrem Bette, nur mit dem Hemde bekleidet, mit abwärts gekehrtem Gesichte auf dem Boden ausgestreckt, in einer großen Blutlache. Sie war todt. Vor Entsetzen ließ das Mädchen den Leuchter mit der brennenden Kerze fallen und rannte lärmend die Stiege hinab. Um 6¹/₂ Uhr morgens kam eine schleunigst herbeigerufene Gerichtscommission. Dieselbe constatirte, daß zu dieser Zeit an der Leiche bereits die Todtenstarre eingetreten war. Es ergab sich ferner, daß die Getödtete eine klaffende Wunde am Halse hatte, welche den Kehlkopf bis zur Wirbelsäule durchschnitt. Von den Werteffecten und Pretiosen, welche frei auf Tisch und Kästen lagen, fehlte kein Stück, so daß schon dadurch ein Raubmord ausgeschlossen erscheint. Alle erhobenen Umstände sprechen dafür, daß der Mord von einer im Hause wohl vertrauten Person verübt wurde, da selbst die schlimmen Hunde, die im Hause Wache halten, sich vollkommen ruhig verhielten und weder von den Mägden noch von den Nachbarn der geringste verdächtige Lärm gehört wurde. — Die gerichtliche Leichenbeschau und Leichenöffnung ergab vorne am Halse zwei mit einem spitzen, schneidigen Instrumente von fremder Hand beigebrachte Schnittwunden, welche die wichtigsten Halsgefäße durchtrennten und einen fast augenblicklichen Tod herbeiführt haben mußten. An den Händen, an beiden Ober- und Vorderarmen, auf Brust und Schulter, sowie im Gesichte zeigten sich viele Blutunterlaufungen und Hautabschürfungen von verschiedener Größe, welche einen heftigen Kampf der Ermordeten mit ihrem Mörder außer Zweifel stellen. Es fanden sich aber auch an dem Körper solche Blutunterlaufungen und Hautabschürfungen, welche constatieren, daß ein unsittlicher Gewaltact an der Ermordeten versucht wurde. Nach allen diesen Umständen scheint Fräulein Emma Braun von einem Manne in der erwähnten Nacht in ihrem Bette im Schlafe überfallen worden zu sein; bei der Abwehr gelang es ihr offenbar in heftigem Ringen, aus dem Bette zu springen, worauf der Attentäter zum Mordwerkzeuge griff, in der Erbitterung sowohl als um sich vor jeder Anklage von ihr zu schützen. Bemerkenswert ist noch der Umstand, daß Fräulein Braun gegen einen nächtlichen Ueberfall wohl bewaffnet war; denn sie hatte unter dem Kopfpolster in ihrem Bette ein scharf geschliffenes Dolchmesser verwahrt, das in einer Scheide steckte, und neben dem Fenster, dem Bette gegenüber, lagen auf einer Etage eine scharf geladene sechsläufiger Revolver und eine geladene Doppelpistole. Beide Waffen waren unberührt geblieben, woraus zwei Möglichkeiten resultieren. Es

kann sein, daß Fräulein Braun durch den nächtlichen Ueberfall während ihres Schlafes so sehr erschreckt war, daß sie im ersten Momente an den Gebrauch ihrer Waffen nicht dachte, oder aber, was wahrscheinlicher, der Angriff des Eindringlings war derart, daß sein Opfer gar nicht in Stande war, nach den nahe liegenden Waffen zu seiner Vertheidigung zu greifen. Der Verdacht der Verübung dieses grauenhaften Verbrechens trifft den über fünf Jahre im Hause bediensteten Knecht, welcher auch bereits in Haft genommen wurde.

Local- und Provinzial-Angelegenheiten.

— (Der ärztliche Verein) hat über schriftliches Ansuchen des Herrn Bürgermeisters in seiner gestrigen Sitzung die Wahl zweier Delegirten in den neuerdings construirten städtischen Gesundheitsrath vorgenommen. Nach dem Vorausgegangenen war es erklärlich, daß die Stimmung für diesen Gegenstand der Tagesordnung eine wenig animierte war, die auch in der hierüber entsponnenen Debatte ihren entsprechenden Ausdruck fand. Schließlich einigte man sich dahin, die Wahl vorzunehmen und hiezu die Doctoren Reesbacher und Bleiweis mit dieser Function zu betrauen, da dieselben wenigstens in ihrer Eigenschaft als Gemeinderäthe an einer Executive participieren, welche den Gesundheitsräthen als solchen vorenthalten und ohne welche ein gedeihliches Wirken kaum möglich ist.

— (Der Landesauschuß und die barmherzigen Schwestern.) Wie man uns mittheilt, weigern sich die barmherzigen Schwestern, sich der vom Landesauschuße entworfenen Hausordnung für das allgemeine Krankenhaus zu fügen. Sie behaupten, nur von ihren Ordensoberen bindende Befehle annehmen zu können, und soll eine diesbezüglich an den Ordensprovincial gerichtete Anfrage bis heute ohne Antwort geblieben sein. Bewahrheitet sich diese, uns von verlässlicher Seite zugewandene Nachricht, so erhellt daraus wohl zur Genüge, wie vorsichtig man zuwege gehen muß, wenn es sich um die Uebergabe einer öffentlichen Humanitätsanstalt an einen klösterlichen Orden handelt. Die Nutzenwendung des Gesagten auf die geplante Abtretung des Kinderhospitals an die barmherzigen Schwestern liegt auf der Hand.

— (Fürstbischof Bogacär und die Abstimmung im Herrenhause.) Die Wiener Abendblätter vom Montag führen Bischof Bogacär unter der Zahl derjenigen Herrenhausmitglieder auf, welche ihr Wegbleiben von der Sitzung entschuldigt hatten, während die Morgenblätter vom Dienstag unseren Fürstbischof in der Reihe jener Kirchenfürsten namhaft machen, welche für den Antrag Hübner und gegen die Verfassungspartei stimmten. Wie man uns mittheilt, hat dieses eigenthümliche Zusammentreffen widersprechender Nachrichten folgende Ursachen. Fürstbischof Bogacär gehört zu jenen clericalen Anhängern der Autonomistenpartei, welche es nicht lieben, sich unnöthig bloß zu stellen. Weil nun für den Minoritätsentwurf Hübners sehr wenig Ausichten vorhanden waren, wollte sich Bischof Bogacär für denselben nicht persönlich engagieren und schickte ein Entschuldigungsschreiben wegen seines Fernbleibens von der betreffenden Sitzung an das Präsidium des Herrenhauses. Kaum war dieses abgegangen, so traf eine Botschaft Schwarzenbergs ein, welche Bogacär aufforderte, bei der Abstimmung zu erscheinen und durch sein Votum zum wahrscheinlich gewordenen Siege der Autonomisten beizutragen. Bogacär reiste nun nach Wien, wo er nur kurze Zeit nach seinem Entschuldigungsschreiben antam, ohne jedoch durch sein Erscheinen die Niederlage seiner clerical-feudalen Bundesgenossen hindern zu können.

— (Nachricht.) Ein Freund unseres Blattes schreibt uns: Die Verpflichtung, sämtliche bereits geaichete Wagen, Maße und Gewichte zc. der Nachaichung zu unterziehen, schiebt unsere Landesbevölkerung als eine neue indirecte, dreijährig wiederkehrende Steuer und nebenbei als eine äußerst

vegetarische Maßregel an! Nachdem für die staatliche Aichungsingerenz der leidige Obolus bereits einmal entrichtet worden ist, wird derselbe neuerdings und zum Ueberflusse noch in bedeutend kostspieligerer Form gefordert, weil das, was die Fabrikanten und Bindermeister — vor dem Verlaufe an die Consumenten — in größeren Partien abzumachen pflegen, nun von jedem einzelnen Besitzer geschehen muß, der z. B. eines armseligen Bitermaßes halber 30 bis 50 Kilometer weite Wege zu machen hat! — Man ist ohnehin seitens unserer Bevölkerung nicht besonders geneigt, das neue Maß und Gewicht anzunehmen, wird heute aber noch weniger sich dafür enthusiastisieren. Denn selbst das harmlose Kindesgemüth eines Unverständigen rechnet sich heraus, daß der Besitz solcher Gegenstände zu einer gründlichen Last wird, die sowohl durch den Anschaffungspreis, als auch durch die Wege und die dreijährig wiederkehrenden, gar nicht so unbedeutenden Kosten der Nachaichung aufwächst! Die hochmögenden Herren in der Stadt durften leider nicht wissen, daß auf dem Bande — abgesehen von dem Segen der Kinderpest, chronischen Einbruchsfatalitäten, total unterdrücktem Handelsverkehr und so vielen anderen schönen Dingen — jeder Weg zu der oft viele Meilen entfernten Stadt kostspielige Pferde und Wagen, überdies auch noch einen Bestellten zur Zahlung der Gebühren braucht — also doppelte und dreifache Lasten mitbringt. Da aber die Aichmeister zu den sonstigen Jahreszeiten kaum mit Arbeiten überladen sein dürften, so wäre es angezeigter, die Herren in die einzelnen Bezirksgerichtsorte zu schicken, damit sie an rechtzeitig zu verlaublichenden Tagen die Nachaichung vornehmen, um durch diesen Einen Weg der ohnehin überlasteten Landbevölkerung tausend längere zu ersparen! Auch die Gebühren für diese Nachaichungen müßten billigerweise auf ein Minimum reducirt werden! Denn, wenn es wahr ist, was Schreiber dieses erfährt, daß die Nachaichung einer kleinen Decimalwaage sammt Gewichten an Gebühren fl. 1.64 betragen hat, nachdem kaum zwei Jahre seit dem früheren Aichacte — gegen gleiche Gebühren — verlossen sind, so macht dies unter Zugählung von fl. 1 für die Hin- und Rückbeförderung „durch Güte“, zu dem circa 60 Kilometer entfernten Aichungsorte zusammen fl. 2.64, oder circa 20 Percent des Wertes aus, eine Steuer, die, wenn sie alle drei Jahre wiederkehrt, jährlich 7 bis 10 Percent Wertbelastung einhebt!

— (Theater.) Morgen gelangt auf unserer Bühne Schönbhans neuestes Lustspiel „Sodom und Gomorrha“ zur ersten Aufführung. In Wien erzielte diese Novität am Carltheater großartige Erfolge und hält sich seit einigen Wochen bei ausverkauften Häusern täglich am Repertoire. Um allenthalben Bedenken gegen den Inhalt des Stückes vorzubeugen, erwähnen wir, daß man von dessen Titel „Sodom und Gomorrha“ durchaus nicht auf einen indecenten Gehalt schließen darf.

Abonnements-Einladung.

Mit 1. November 1879 beginnt ein neues Abonnement auf das „Laibacher Tagblatt“.

Bis Ende November 1879:

Für Laibach fl. 70 kr.
Mit der Post 1 fl. — kr.

Bis Ende Dezember 1879:

Für Laibach 1 fl. 40 kr.
Mit der Post 2 fl. — kr.

Für Zustellung ins Haus monatlich 9 kr.

Auf das „Laibacher Tagblatt“ kann täglich abonniert werden, doch muß das Abonnement immer mit Schluss eines Monats ablaufen.

Telegraphischer Coursbericht

am 30. October.

Papier-Rente 68 25. — Silber-Rente 71.10. — Gold-Rente 80 85. — 1860er Staats-Anlehen 127.50. — Bankactien 837. — Creditactien 268.40. — London 116.30. — Silber —. — R. 1. Münzducaten 5.55. — 20-Francs-Stücke 9.28¹/₂. — 100 Reichsmark 57.50.

Lebensmittel-Preise in Laibach

am 29. Oktober.

Weizen 10 fl. 24 kr., Korn 6 fl. 18 kr., Gerste 4 fl. 88 kr., Hafer 2 fl. 93 kr., Buchweizen 5 fl. 4 kr., Hirse 4 fl. 55 kr., Kukuruz 6 fl. 29 kr. per Hektoliter; Erdäpfel 2 fl. 76 kr. per 100 Kilogramm; Fischen 9 fl. — kr. per Hektoliter; Rindschmalz 82 kr., Schweinfett 70 kr., Speck, frischer 56 kr., gefälschter 60 kr., Butter 70 kr. per Kilogramm; Eier 2 1/2 kr. per Stück; Milch 8 kr. per Liter; Rindfleisch 58 kr., Kalbfleisch 52 kr., Schweinefleisch 50 kr., Schafschfleisch 32 kr. per Kilogramm; Heu 1 fl. 60 kr., Stroh 1 fl. 34 kr. per 100 Kilogramm; hartes Holz 7 fl. — kr., weiches Holz 5 fl. — kr. per vier C.-Meter; Wein, rother 20 fl., weißer 16 fl. per 100 Liter.

Gedenktafel

über die am 3. November 1879 stattfindenden Vicitationen.

3. Feilb., Sotlar'sche Real., Sobint, BG. Littai. —
2. Feilb., Podobnit'sche Real., Bintlber, BG. Littai. —
2. Feilb., Cernie'sche Real., Warndul, BG. Raffensfuß. —
3. Feilb., Rogman'sche Real., Kamnit, BG. Krainburg. —
2. Feilb., Kotevar'sche Real., Altenmarkt, BG. Laas. —
2. Feilb., Stuk'sche Real., Ufchent, BG. Laas. — 2. Feilb., Pategnit'sche Real., Obertofhana, BG. Uelzberg. — 3. Feilb., Sellar'sche Real., Wocheimervellach, BG. Radmannsdorf. —
3. Feilb., Golobar'sche Real., Roje, BG. Littai.

Theater.

Heute (gerader Tag):

Ein ungeschliffener Diamant.
Poffe in 1 Act nach dem Englischen von Alex. Bergen.
Hierauf:

Recept gegen Schwiegermütter.
Auffspiel in 1 Aufzug, nach dem Spanischen bearbeitet
vom König Ludwig von Baiern.

Zum Schluffe:

Cannebas.

Romische Operette in 1 Aufzug. Musik von Fr. v. Suppé.



Die Gefertigten geben hiermit Nachricht, dass es dem Allmächtigen gefallen hat, ihre innigstgeliebte Tochter, beziehungsweise Schwester

Aurelia

nach langem Leiden, versehen mit den Tröstungen der Religion, heute früh um 9 Uhr im 14. Lebensjahre in das bessere Jenseits abzu-berufen.

Die irdische Hülle wird morgen um 5 Uhr nachmittags auf dem Friedhofe in Krainburg zur ewigen Ruhe beisetzt.

Die theure Verblichene wird dem frommen Andenken aller Freunde und Bekannten empfohlen.

Krainburg, 28. Oktober 1879.

Konrad Grimm, I. t. Ingenieur, und Auguste Grimm, Eltern. Gustav, Konrad und Rudolf, Brüder. Marie, Schwester.

Witterung.

Laibach, 30. Oktober.

Nebel bis Mittag anhaltend, dann heiter, sehr schwacher SW. Wärme: morgens 7 Uhr + 3.3°, nachmittags 2 Uhr + 8.4° C. (1878 + 9.2°; 1877 + 7.7° C.) Barometer 739.28 Millimeter. Das gestrige Tagesmittel der Wärme + 8.6°, um 0.5° über dem Normale.

Eingefendet.

Circa 30

in- und ausländische Journale haben die Broschüre:

„Die Privat speculation an der Börse“

von Jos. Kohn,

Chef des Vorrathes Jos. Kohn & Comp., Wien, Kohlmarkt Nr. 6,

glänzend besprochen. Dieselbe erschien soeben in 5. Aufl. Prosp. gratis und franco. Preis für Wien 1 fl., für die Provinz 1 fl. 5 kr. (508) 3-3

Fracht- und Eilfrachtbriefe

vorrätig bei

Jg. v. Kleinmayr & F. Bamberg,

Laibach,

Congressplatz, Bahnhofsgasse.

Angefommene Fremde

am 29. Oktober.

Hotel Stadt Wien. Flan-
drak, Reif.; Deutsch und
Berta, Kfte., Wien. —
Schneller, Kfm., f. Fran-
St. Michael. — Marowitz,
Kfm., Görz.

Hotel Elefant. Lengyel,
Kfm., Kanischa. — Kapel-
nit, Forstpractikant, Bil-
lach. — Kratochwill, Pho-
tograph, und Primböck,
Wien. — Kurzhaller, Dom-
schale. — Sellen, Handels-
agent, Triest. — Pecher,
I. t. Oberlieut., Graz.

Baterischer Hof. Kaltene-
ger, Reif., Nied.

Mohren. Gott, Missionär,
Goza.

Kaiser von Oesterreich. Groß,
Lehrer, Gurtfeld. — Wie-
ser, Forstpractikant, Rosseg.
— Wurzer, Wuchern. —
Kopysche, Forstmann, Uelz-
berg. — Juljan, I. t.
Waldauffseher, Kornerija.

Malarzkaer Husten-, Drüsen- und Lungen- fäulepulver für Pferde und Hornvieh.

Ein durch viele Jahre in den Ställen und auf den Oekonomien Sr. Durchlaucht des Herrn Fürsten Paissy erprobtes Specificum gegen katarrhalschen Husten, Drüsen- und Lungenentzündung, vorzüglich bei epidemischer Lungenfäule. Z. B. in dem Orte St. Nikola, Pressburger Comit., wurden im Monate August d. J. 18 Stück Hornvieh von der Lungenfäule ergriffen; durch energische Anwendung der Malarzkaer Pulver genasen 17 Stück, nur 1 Stück erlag der Seuche. Ein Palet kostet 40 kr. Nur zu beziehen beim Apotheker Johann Friedrich in Mälaczka, Ungarn. (510) 8-3

Tuch- und Schafwollwaren- Fabriks-Niederlage

von

Sándor Grünwald,

Wien, VII. Bezirk, Mariahilferstraße Nr. 104,
empfeht ihr reichhaltiges Lager von den billigsten bis
zu den feinsten

Rock-, Hosen- und Anzugstoffen für die Herbst- und Wintersaison,

Dosquins, Berniennes, Düffel, Kammgarne, echt steirischen Loden für Herren, desgleichen auf Damenpaletots und Regenmäntel. — Musterabschnitte und für die Herren Schneidermeister Musterarten auf Verlangen. (497) 8-3

Für Haushaltungen! Zur Saison!

Den geehrten B. T. Kunden für das mir bisher geschenkte Vertrauen höflichst dankend, erlaube ich, mir auch fernerhin dasselbe geneigtest bewahren zu wollen, und offeriere

als vorzüglichstes

Brennmaterial für Stuben- und Küchenfeuerung Sagor-Cöplizer

Salon- & Kohle

(Prima-Blanz-Stückkohle, leicht und geruchlos
verbrennend)

zu billigt festgesetzten Preisen

in plombierten Säcken pr. 50 Kilo = 1 Zollcentner à 45 kr.,
bei Abnahme von 250 Kilo = 5 Zollcentner à 43 kr.,
bei Abnahme von 10, 20 und 40 Zollcentner entsprechend billiger;

Waggonladungen zum Gewerkschaftspreise.

Verkleinertes Brennholz

in plombierten Säcken à 20 kr., bei Abnahme von 5 Säcken à 18 kr.

Zu zahlreichen Aufträgen empfiehlt sich
hochachtungsvoll

A. Debevec,

Römerstraße 19.

NB. Bestellungen und Aufträge werden auch angenommen in den Spezereihandlungen Albert Plautz, Deutscher Platz; — J. B. Justin nächst der St. Jakobbrücke; — M. Aechtshin, Alter Markt; — Jos. Tribuč, St. Petersvorstadt; — in der Haupt-Tabaktrakt, Rathausplatz; — in den Tabaktrakt: nächst der Franzensbrücke, — Franz-Josefs-Platz (Lotto-Collectur) im Wahr'schen Hause, — Wienerstraße nächst dem Cvilspitale, — Schellenburggasse (Citalnica).

Billigt bei A. Debevec, Römerstr. 19.

Schiffer & Stedry in Laibach,

Rastnstraße, Südbahn,

offerieren

beste Trifailer Salonkohle

für Zimmer- und Küchenheizung,

sowie

Fabrikskohle

für alle Zwecke zu den billigsten Preisen.

Bestellungen werden übernommen: im Kohlenmagazine,
Rastnstraße, Südbahn;
bei J. E. Wutschers Nachfolger an der Franzensbrücke und bei Carl
S. Till, unter der Transische 2. (509) 8-3